

Protokoll – öffentlicher Teil

2. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft

Sitzungstermin: Mittwoch, 16.10.2024
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 21:28 Uhr
Ort, Raum: Raum "Sanssouci", Edisonallee 5 - 9, 14473 Potsdam

Anwesend

Vorsitz

Katharina Erbedinger BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Volt - Die PARTEI

Mitglieder

Maximilian Adams CDU Vertretung für: Tabea Gutschmidt
Anna Ducksch DIE aNDERE
Dr. Anja Günther Die Linke
Daniel Keller SPD
Stefan Kreitschmann AfD Vertretung für: Helmar Wobeto
Tiemo Reimann SPD
Silke Reimer BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Volt - Die PARTEI
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg BfW bis 21:20 Uhr
Lothar Wilhelm Wellmann CDU

zusätzliches Mitglied

Dr. Michael Reichert BVB/Freie Wähler

sachkundige Einwohner

Marek Antonio Lipp Die Linke ab 18:10 Uhr
Prof. Dr. Wolfram Meyerhöfer BfW
Christian Rindfleisch CDU
Dr. Ursula Schäfer-Preuss SPD
Robert Soyka BVB/Freie Wähler
Martin Wandrey BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Volt - Die PARTEI
Volker Zimmermann Freie Demokraten

Beigeordnete

Burkhard Exner

Vertreter der Beiräte

Manal Atallah Migrantenbeirat

Abwesend

Mitglieder

Tabea Gutschmidt	CDU	entschuldigt
Helmar Wobeto	AfD	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Jan-Hendrik Klaps	AfD	nicht entschuldigt
Sarah Nitschke	DIE aNDERE	nicht entschuldigt

Gäste:

Frau Strobel	GB 1/GStelle 103
Frau John	GB 1/GStelle 103
Herr Schmidt	GB 1/FBL 11
Frau Maybaum	GB 1/FB 11
Frau Kluwe	GB 1/FB 11/116
Herr Krischok	GB 1/GStelle 101
Herr Frerichs	GB 4/402
Herr Niehoff	GB 4/FB 47
Frau Hantke	GB 4/Geschäftsstelle 401
Herr Schiewe	901
Frau Jakob	GB 1
Frau Köthur	GB 1

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 11.09.2024

- 4 Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam

- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 5.1 Sitzungskalender 2025
Fraktionen

24/SVV/0811

5.2	Grundsatzbeschluss zur Neuausrichtung und Ausschreibung des Potsdamer Weihnachtsmarktes 2025 ff. <i>Oberbürgermeister, Wirtschaftsförderung</i>	24/SVV/0911
5.3	Ein neuer Weihnachtsmarkt für die Innenstadt <i>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</i>	23/SVV/1389
5.3.1	Ein neuer Weihnachtsmarkt für die Innenstadt <i>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</i>	23/SVV/1389-01
5.4	Neuer Standort für den zentralen Weihnachtsmarkt „Blauer Lichterglanz“ <i>Fraktion DIE aNDERE</i>	24/SVV/0033
5.5	Verordnung über die Erhebung von Gebühren für Bewohnerparkausweise (Bewohnerparkausweisgebührenordnung) <i>Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur</i>	24/SVV/0353
5.5.1	Verordnung über die Erhebung von Gebühren für Bewohnerparkausweise (Bewohnerparkausweisgebührenordnung) <i>Fraktion AfD</i>	24/SVV/0353-01
5.5.2	Verordnung über die Erhebung von Gebühren für Bewohnerparkausweise (Bewohnerparkausweisgebührenordnung) <i>Fraktion BfW</i>	24/SVV/0353-02
5.6	Änderung der Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer <i>Fraktion Die Linke</i>	24/SVV/0904
5.7	Hebesätze so festlegen, dass für Wohnungen, Reihen- und Doppelhäuser die Grundsteuer wie versprochen in gleicher Höhe wie 2023-2024 anfällt! <i>Fraktion BVB/Freie Wähler</i>	24/SVV/0934
5.8	Beeinflussung der Mietnebenkosten durch die LHP <i>Fraktion CDU</i>	24/SVV/0962
5.9	Weiterbetrieb der Biosphäre prüfen <i>Fraktion der Freien Demokraten</i>	24/SVV/0939
5.10	Eckpunkte für den Erhalt kultureller Angebote und Strukturen sowie zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit der Kulturträger und –akteur:innen in Potsdam <i>Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Volt - Die PARTEI, DIE aNDERE</i>	24/SVV/0921
6	Mitteilungen der Verwaltung	

- | | | |
|-----|--|-------------|
| 6.1 | Umsetzung der Sonntagsöffnung der Stadtbibliothek
<i>GB Bildung, Kultur, Jugend und Sport</i> | 24/SVV/0885 |
| 6.2 | Haushalt 2023/2024 Verwendung der Mittel für Freiwillige
Leistungen bezüglich DS 22/SVV/1104
<i>GB 1 Finanzen, Investitionen und Controlling</i> | 24/SVV/0915 |

Nichtöffentlicher Teil

- 7 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung
- 8 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das
Protokoll des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom
11.09.2024

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Erbedinger, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Zu Beginn der Sitzung sind 10 von 10 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend; damit ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

Die Ladung erfolgte form- und fristgerecht.

3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 11.09.2024

Die Ausschussvorsitzende stellt das Protokoll der konstituierenden öffentlichen Sitzung vom 11.09.2024 zur Abstimmung; es wird **einstimmig bestätigt**.

4 Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam

Herr Schmidt und Herr Exner informieren anhand der beigefügten Präsentation zur Haus-

haltslage der Landeshauptstadt Potsdam.

Herr Exner informiert, dass für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 06.11.2024 ein Antrag - überplanmäßiger Aufwand für Kindertagesstätten – und im Dezember zur Stadtverordnetenversammlung ein Antrag auf überplanmäßigen Aufwand – Hilfe zur Erziehung – eingereicht wird.

Oberbürgermeister Mike Schubert nimmt in seinen Ausführungen Bezug auf die Entwicklung des Haushaltes der Landeshauptstadt Potsdam. So spricht er die Themen „Steigerung der Kosten (Inflation), Tarifentwicklung, Krieg und Migration, Bevölkerungswachstum und deren Folgen/Herausforderungen sowie die Aufgaben und Leistungen im Sozialbereich an.

Herr Schubert führt weiter aus, dass die Steigerung der Standards durch den Bund durch die Kommunen nicht mehr zu zahlen sind. Im Anschluss beschreibt er die aktuelle finanzielle Situation.

Herr Schubert spricht die angebotenen 2 Workshops – 30. November 2024 und 14. Dezember 2024 an. Gemeinsam mit den Fraktionen soll in diesen über den Haushalt 2025 gesprochen werden. Transparent soll gezeigt werden, in welcher Phase der Planung sich die Landeshauptstadt Potsdam befindet (jetzt Planstufe 11) und was die kommenden gemeinsamen Aufgaben sein werden. So wird u. a. die Prüfung gefasster Beschlüsse notwendig sein.

Die Ausschussmitglieder bitten in Vorbereitung der Diskussion die Verwaltung um Vorlage einer Vorschlagsliste getrennt nach pflichten und freiwilligen Aufgaben / Leistungen.

Ziel muss es sein, den Haushalt zu konsolidieren.

In der sich anschließenden Diskussion werden u. a. die Themen „kostenloses Schulesen“, „Verwendung Rücklage / Eigenmittel“, „Zumutbarkeit für Potsdamer Bevölkerung unter Bezug auf die Armutsquote“, „Aufgabenkritik“, „Zeile 13 – Differenz zwischen Soll / Ist“, „Kostentreiber Personal“ angesprochen.

Herr Schiewe erläutert die Inhalte und Möglichkeiten – IKVS und führt aus, dass den Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern Schulungstermine (17.10.2024 / 22.10.2024) angeboten werden.

Anlage 1 Präsentation (öffentlich)

5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

5.1 Sitzungskalender 2025

24/SVV/0811
zur Kenntnis genommen

Im Rahmen der Behandlung des Sitzungskalenders wurde nachgefragt, ob ggf. die Anfangszeit der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft geändert werden sollte, z. B. 17:30 Uhr. Nach kurzer Verständigung wurde mit 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen festgehalten, dass der Beginn 18:00 Uhr weiter bestehen bleibt.

Der vorliegende **Sitzungskalender wurde zur Kenntnis genommen.**

**5.2 Grundsatzbeschluss zur Neuausrichtung und Ausschreibung
des Potsdamer Weihnachtsmarktes 2025 ff.**

24/SVV/0911
geändert beschlossen

Die Tagesordnungspunkte 5.2, 5.3, 5.3.1 und 5.4 werden gemeinsam behandelt.

Herr Frerichs informiert anhand der beigefügten Präsentation und beantwortet im Anschluss die Fragen der Anwesenden.

Frau Duksch spricht den vorliegenden Änderungsantrag mit der DS 24/SVV/0911-01 aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Entwicklung des ländlichen Raumes an.

Frau Reimer bringt den Änderungsantrag der Fraktion DS 24/SVV/0911-02 ein.

In der Diskussion werden u. a. Fragen zu den Punkten „Sondernutzungsgebühren“, „Konzessionsabgabe“ gestellt und beantwortet.

Frau Erbedinger stellt die vorliegenden Änderungsanträge zur Abstimmung:

Änderungsantrag von Herrn Reimann – Streichung Punkt 7

Zustimmung : 4
Ablehnung: 4
Stimmenthaltung: 2

Damit wurde der Änderungsantrag abgelehnt.

Änderungsantrag DS 24/SVV/0911-01:

Zustimmung : 10
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Änderungsantrag DS 24/SVV/0911-02:

Zustimmung : 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 3

Änderungsantrag DS 24/SVV/0911-03:

Zustimmung : 10
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Frau Erbedinger stellt die geänderte Drucksache 24/SVV/0911 zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den bisherigen zentralen Weihnachtsmarkt in der Potsdamer Innenstadt neu auszurichten.

1. Ziel der Neuausrichtung ist eine Steigerung der Attraktivität und Erlebnisqualität des Weihnachtsmarktes. Inhaltliche Grundlage dafür bilden die Ergebnisse, Wünsche und

Kritikpunkte aus dem Beteiligungsprozess von Bürger:innen und Gewerbetreibenden (Anlage 1: Ergebnisbericht).

2. Der zukünftige zentrale Potsdamer Weihnachtsmarkt soll auf dem Bassinplatz stattfinden (Anlage 2: Gebietskulisse). **Der zukünftige zentrale Potsdamer Weihnachtsmarkt soll auf dem Bassinplatz, und mit lockerer Anordnung von Buden in der Brandenburger Straße und ggf. den Nebenstraßen und dem Luisenplatz stattfinden. Die genauen Standorte sind im Einvernehmen mit den dort ansässigen Gewerbetreibenden abzustimmen. Schaufenster, Eingänge und Lieferwege sind freizuhalten.**
3. Für die Betreuung des Weihnachtsmarktes 2025 ff. soll eine öffentliche Ausschreibung erfolgen. Ausschreibungsgegenstand ist eine Konzession mit einer Laufzeit von drei Jahren und eine Verlängerungsoption um maximal zwei weitere Jahre (Anlage 3: Vertragsentwurf | Konkretisierung erst nach Grundsatzbeschluss und Standortentscheidung möglich).

Die Vergabeentscheidung wird durch ein Vergabegremium getroffen, dem je eine Vertreterin der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung und eine gleiche Anzahl von Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung, unter ihnen die Beauftragte für Menschen mit Behinderungen, angehören.

Der Ausschreibungstext ist dem Hauptausschuss rechtzeitig vor der Veröffentlichung zur Beratung vorzulegen. Die optionale Verlängerung um zwei Jahre erfordert einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung.

4. Alle zielgruppenspezifischen und fachlichen Anforderungen an den neuen Weihnachtsmarkt werden in der Leistungsbeschreibung (Anlage 4) definiert. Sie bildet die inhaltliche Grundlage für die Angebote und Konzepte der potenziellen Betreiber. Verpflichtende Leistungsanforderungen aus dem Beteiligungsprozess sind Barrierefreiheit sowie Eintrittsfreiheit.
5. Grundlage für die Auswahl geeigneter Anbieter bildet die Bewertungsmatrix (Anlage 5). Diese definiert die Kriterien zur Beurteilung der Veranstaltungskonzepte, der fachgerechten Veranstaltungsorganisation sowie zur Finanzierung.
6. Die Brandenburger Straße und die angrenzenden Einkaufsnebenstraßen sollen in ihrer Funktion als Einkaufs- und Flaniermeile gestärkt werden. Hierfür ist mit den Händlervereinigungen und innerstädtischen Gewerbetreibenden ein korrespondierendes Konzept hinsichtlich Beleuchtung, Dekoration, Beteiligungsmöglichkeiten, Sonntagsöffnungszeiten u.a. zu erarbeiten.

Eine Unterrichtung der SVV zum Sachstand ist bis zum Juni 2025 vorzulegen.

7. Mit der Projektsteuerung für die künftigen Weihnachtsmärkte soll die städtische Tochtergesellschaft PMSG mbH beauftragt werden. Hierfür sind Leistungsumfang und Voraussetzungen zu ermitteln. Eine Unterrichtung der SVV zum Sachstand ist bis zum Juni 2025 vorzulegen.
8. **Die relevanten Wirtschaftsdaten des Weihnachtsmarkts, wie Einnahmen und Ausgaben, sind transparent darzustellen und der Stadtverordnetenversammlung schriftlich vorzulegen.**
9. **Es ist sicherzustellen, dass nicht-kommerzielle Angebote wie Ruhe- und Verweilzonen ohne Konsumpflicht vorhanden sind**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Anlage 1 Präsentation (öffentlich)

5.3 Ein neuer Weihnachtsmarkt für die Innenstadt**23/SVV/1389**
erledigt

Die Drucksachen 24/SVV/1389 und 24/SVV/1389-01 wurden als erledigt erklärt unter Verweis auf die DS 24/SVV/0911.

5.3. Ein neuer Weihnachtsmarkt für die Innenstadt
1**23/SVV/1389-01**
erledigt

Siehe Tagesordnungspunkt 5.3.

5.4 Neuer Standort für den zentralen Weihnachtsmarkt „Blauer Lichterglanz“**24/SVV/0033**
erledigt

Die DS 24/SVV/0033 wurde als erledigt erklärt unter Verweis auf DS 24/SVV/0911.

5.5 Verordnung über die Erhebung von Gebühren für Bewohnerparkausweise (Bewohnerparkausweisgebührenordnung)**24/SVV/0353**
abgelehnt

Herr Niehoff informiert anhand der beiliegenden Präsentation. Im Anschluss werden die Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet.

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Verordnung über die Erhebung von Gebühren für Bewohnerparkausweise (Bewohnerparkausweisgebührenordnung)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 6
Stimmenthaltung: 1

Anlage 1 Präsentation (öffentlich)

5.5. Verordnung über die Erhebung von Gebühren für Bewohnerparkausweise (Bewohnerparkausweisgebührenordnung)
1**24/SVV/0353-01**
erledigt

Die Drucksache 24/SVV0353-01 wurde als erledigt erklärt.

5.5. Verordnung über die Erhebung von Gebühren für Bewohnerparkausweise (Bewohnerparkausweisgebührenverordnung)

24/SVV/0353-02

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Änderung der Bewohnerparkausweisgebührenverordnung

1.§ 2 Absatz 1 wird folgendermaßen geändert:

„Für ein Jahr beträgt die Höhe der Gebühr für die Ausstellung 60 Euro.“

2.§ 2 Absatz 2 wird folgendermaßen geändert:

„Für zwei Jahre beträgt die Höhe der Gebühr für die Ausstellung 115 Euro.“

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	6
Stimmenthaltung:	1

5.6 Änderung der Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer

24/SVV/0904
geändert beschlossen

Frau Kluwe informiert anhand der beigefügten Präsentation zur Thematik und bittet um Änderung des Antrages in einen Prüfauftrag.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **die Änderung der Zweitwohnungssteuer hinsichtlich folgender Punkte zu prüfen:** ~~der Stadtverordnetenversammlung spätestens im ersten Quartal 2025 eine neue Fassung der Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer zum Beschluss vorzulegen.~~

~~Diese soll folgende Neuerungen enthalten:~~

1. in §4 Steuersatz
 - a. Für Zweitwohnungen mit einer Wohnungsgröße unter 40m² gilt ein Steuersatz von 20 v.H. der Bemessungsgrundlage.
 - b. Für Zweitwohnungen mit einer Wohnungsgröße zwischen 40m² und 60m² gilt ein Steuersatz von 30 v.H. der Bemessungsgrundlage.
 - c. Für Zweitwohnungen mit einer Wohnungsgröße über 60m² gilt ein Steuersatz von 50 v.H. der Bemessungsgrundlage.
 - d. Für Zweitwohnungen die über die Hälfte des Jahres ungenutzt ist, gilt unabhängig ihrer Größe ein Steuersatz von 50 v.H. der Bemessungsgrundlage.
2. in §10 Strafvorschriften, Ordnungswidrigkeiten

- a. Ordnungswidrigkeiten werden mit einer Geldbuße ab 10000€ geahndet.

Der Stadtverordnetenversammlung ist ein Kalenderjahr nach Inkrafttreten der so neu beschlossenen Satzung über die finanziellen Auswirkungen der Neuerung Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **9**
Ablehnung: **1**
Stimmenthaltung: **0**

Anlage 1 Präsentation (öffentlich)

5.7 Hebesätze so festlegen, dass für Wohnungen, Reihen- und Doppelhäuser die Grundsteuer wie versprochen in gleicher Höhe wie 2023-2024 anfällt!

24/SVV/0934
vertagt

Der Tagesordnungspunkt wird bis zur Haushaltsdiskussion 2025 **vertagt**.

5.8 Beeinflussung der Mietnebenkosten durch die LHP

24/SVV/0962
ungeändert beschlossen

Frau Kluwe führt zur Thematik aus und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen,

ob und wie Mietnebenkosten, auf die die Stadt Einfluss nehmen kann, gesenkt werden können oder ein weiterer Anstieg verhindert werden kann. Insbesondere sind hierfür die Positionen

- Grundsteuer B
- Abfallgebühren
- Straßenreinigungsgebühren (einschließlich Schnee- und Eisbeseitigung)
- Gebühren für Wasser und Entwässerung (einschließlich Niederschlagsentwässerung)

zu betrachten. Darüber hinaus aber auch die Kosten für

- Fernwärmeversorgung und
- Energie

soweit diese Leistungen durch Unternehmen mit städtischer Beteiligung erbracht werden.

Der Stadtverordnetenversammlung ist bis Sommer 2025 aufzuzeigen, wie die Landeshauptstadt ihren Einfluss auf die Entwicklung der aufgeführten Mietnebenkosten ausüben wird, um einen weiteren Anstieg derselben zu verhindern oder die Kosten im besten Falle zu senken.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 3

5.9 Weiterbetrieb der Biosphäre prüfen

24/SVV/0939
vertagt

Frau Hantke informiert zum Sachstand "Biosphäre".

Der Tagesordnungspunkt wird bis zur Haushaltsdiskussion 2025 **vertagt**.

5.10 Eckpunkte für den Erhalt kultureller Angebote und Strukturen sowie zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit der Kulturträger und –akteur:innen in Potsdam

24/SVV/0921
vertagt

Der Tagesordnungspunkt wird bis zur Haushaltsdiskussion 2025 **vertagt**.

6 Mitteilungen der Verwaltung

6.1 Umsetzung der Sonntagsöffnung der Stadtbibliothek

24/SVV/0885
zur Kenntnis genommen

Die Mitteilungsvorlage wurde zur **Kenntnis genommen**.

6.2 Haushalt 2023/2024 Verwendung der Mittel für Freiwillige Leistungen bezüglich DS 22/SVV/1104

24/SVV/0915
zur Kenntnis genommen

Die Mitteilungsvorlage wurde zur **Kenntnis genommen**.

Vorsitz:

Katharina Erbedinger

Protokollführung:
